



zur Jugend



zur Hanfinitiative

Argumente der Hanflegalisierer ziehen nicht

Wollen wir mehr oder weniger Drogenkonsum?

Das Jugendkomitee „Ja zur Jugend – Nein zur Hanfinitiative“ wehrt sich gegen eine Verharmlosung des Cannabiskonsums. Es ist an der Zeit, dass die Befürworter der Initiative Farbe bekennen und endlich offen und klar sagen: Ist es ihr Ziel, dass mehr Cannabis konsumiert wird oder ist es unser aller Ziel, dass möglichst wenig Cannabis konsumiert wird? Die teils drogenverherrlichende, dann wieder den Jugendschutz betauernde Haltung der Befürworter ist absolut unerträglich.

Für das Jugendkomitee „Ja zur Jugend – Nein zur Hanfinitiative“ (bestehend aus *jevp Schweiz, JSVP Schweiz, JEDU Kanton Bern und weiteren Einzelmitgliedern) ist absolut unbestritten: es muss unser aller Ziel sein, dass in der Schweiz möglichst wenig Drogen konsumiert werden, angesichts der persönlichen und volkswirtschaftlichen Risiken, Gefahren und Schädigungen. Weniger klar ist die Haltung der Gegenseite: da wird der keineswegs harmlose Cannabiskonsum verklärt und romantisiert, nur um im nächsten Satz wieder den Jugendschutz zu beteuern. Ja, was nun? Soll jetzt gekifft werden oder nicht? Wer den Cannabiskonsum nicht ausufern lassen will, kann die Hanfinitiative nur ablehnen und das geltende Konsumverbot beispielsweise mittels Ordnungsbussen durchsetzen. Wer es irgendwie halt doch noch cool findet, wenn gekifft wird, soll offen dazu stehen, dass er die Schädigung von Einzelnen mitsamt ihrer persönlichen und beruflichen Zukunft offen in Kauf nimmt. Alles andere ist unehrlich und unerträglich. Diese Haltung zieht sich quer durch die wenig stichhaltigen Argumente der Hanflegalisierer:

„Viele kiffen trotz Verbot.“

Ja, das finden wir auch nicht gut. Aber sollen wir das inhaltlich richtige Gesetz abschaffen, nur weil es nicht respektiert wird? Was würde mit dieser Argumentation beispielsweise mit dem Strassenverkehrsgesetz passieren? Cannabis soll ab 18 legal werden. Der Vollzug des Gesetzes bleibt bei den Jugendlichen also genau so schwierig wie heute. Mit konsequenten Strafen, z.B. hohen Ordnungsbussen statt Gerichtsverfahren, kann dem Gesetz wieder der nötige Respekt verschafft werden. Wir fordern dabei nicht den Polizeistaat, aber jedes Gesetz soll angemessen durchgesetzt werden.

„Das Konsumverbot behindert Prävention und Jugendschutz.“

Im Gegenteil; es ermöglicht sie gerade! Prävention und Repression sind zwei wichtige Säulen der weltweiten Drogenpolitik, die nicht gegeneinander sondern miteinander funktionieren. Wird das Verbot beim Kiffen jedoch aufgehoben, sind Eltern, Lehrkräfte, Sozialarbeiter und Polizei die Hände gebunden: Die Konsumenten können nicht mehr zu Massnahmen angehalten werden, die oft mehr Hilfe als Strafe sind.

„Erwachsene können selber entscheiden, ob sie sich schädigen wollen oder nicht.“

Menschen, die sich selbst schädigen wollen, fallen schnell der Allgemeinheit zur Last. Viele Cannabiskonsumanten brauchen psychische Betreuung, müssen sich ins Spital einliefern lassen oder verursachen Berufsunfälle. Das ist nicht mehr nur Selbst- sondern Gesellschaftsschädigung. Manchmal muss das Gemeinwesen den Menschen vor sich selber schützen: Es nützt meinem Mitmenschen nichts, wenn ich ihm scheinbar grosszügig den Ruin erlaube

„Heute verkauft der gleiche Dealer Cannabis und Heroin.“

Dieses Argument ist nicht stichhaltig. Sogar die eidgenössische Kommission für Drogenfragen (EKDF), selber eine Befürworterin der Cannabis-Legalisierung, schreibt am 7.1.2008 in einem Bericht: „Die Märkte für harte Drogen und für Cannabis sind weiterhin getrennt.“ Die Initianten können keine Lösung für eine noch stärkere Trennung beider Märkte anbieten. Wer Heroin will, der kriegt es auch: mit oder ohne Initiative. Das müssen wir unabhängig davon an die Hand nehmen.



www.jugend-ohne-hanf.ch

zur Jugend



zur Hanfinitiative

„Mit dem Cannabisverbot gehen dem Staat Millionen an Steuereinnahmen verloren.“

Das ist Zynismus pur. Wir wollen möglichst wenige Kiffer, nicht möglichst viele und schon gar keinen Staat, der sich an den Cannabissteuereinnahmen gesundstösst. Übrigens: Kifft jemand, bis er Hilfe braucht, kostet das den Staat Millionen. Nimmt hingegen jemand sein Leben in die Hand, bildet sich weiter und macht Karriere, schaut für den Staat ein Vielfaches an Steuereinnahmen heraus!

Weitere Informationen und vollständiges Argumentarium unter www.jugend-ohne-hanf.ch

Zürich, den 10. November 2008

Für weitere Informationen stehen Ihnen zur Verfügung:

Co-Präsidium Jugendkomitee „Ja zur Jugend – Nein zur Hanfinitiative“

Andrea Geissbühler, Nationalrätin SVP, BE: 076 313 32 75

Samuel Kullmann, JEDU Kanton Bern: 033 221 53 90

Lilian Studer, Präsidentin der *jevp, Grossrätin, AG: 076 575 24 77

Christian Wasserfallen, Nationalrat FDP, BE: 078 648 39 71

Koordination Jugendkomitee „Ja zur Jugend – Nein zur Hanfinitiative“

c/o Junge Evangelische Volkspartei *jevp

Josefstrasse 32, Postfach 3467, 8021 Zürich

044 272 71 00 Fon, 044 272 14 37 Fax, info@jugend-ohne-hanf.ch

Niklaus Hari, Generalsekretär *jevp: 079 202 72 27